

DAMBISA MOYO

Der Untergang des Westens

Haben wir eine
Chance in der
neuen Wirtschafts-
ordnung?

e-book
PIPER



**Dambisa Moyo gehört zu den Menschen,
die etwas bewegen.**

DAMBISA MOYO

Der Untergang des Westens

Haben wir eine
Chance in der
neuen Wirtschafts-
ordnung?

e-book
PIPER



**Dambisa Moyo gehört zu den Menschen,
die etwas bewegen.**

Mehr über unsere Autoren und Bücher:
www.piper.de

Übersetzung aus dem Englischen von Hans Freundl und Heike Schlatterer

Vollständige E-Book-Ausgabe der im Piper Verlag erschienenen Buchausgabe
1. Auflage 2012

ISBN 978-3-492-95018-3

Die Originalausgabe erschien 2010

unter dem Titel »How the West was Lost.

Fifty Years of Economic Folly – And the Stark Choices Ahead« bei Penguin Books, London

© 2010 by Dambisa Moyo

Deutsche Ausgabe:

© Piper Verlag GmbH, München 2012

Umschlaggestaltung: Büro Jorge Schmidt, München

Umschlagfoto: magali Delporte/eyevine/intertopics

Datenkonvertierung: CPI – Clausen & Bosse, Leck

Bei einer Konferenz prahlte der Leiter einer etablierten westlichen Telefongesellschaft damit, was sein Unternehmen alles könne und welche Innovationen es noch umsetzen werde. Er sprach sehr ausführlich über die Bandbreite des Angebots und seine hervorragende Qualität. Seine Rede wurde mit begeistertem Applaus quittiert. Danach trat der Leiter einer chinesischen Telefongesellschaft ans Rednerpult. Unbeeindruckt deutete er auf seinen westlichen Kollegen und sagte: »Wir können alles, was er kann ... und sind 40 Prozent billiger.« Dann setzte er sich wieder.

Vorwort

Am 9. Juli 2008 wurde das Chrysler-Building, ein beliebtes Wahrzeichen der New Yorker Skyline, für 800 Millionen Dollar von einer ausländischen Regierung gekauft. Damit gelangte eines der symbolträchtigsten Gebäude Amerikas, das wie kaum ein anderes für die industrielle Macht und Stärke der USA steht, in fremde Hände. Der Käufer kam nicht aus einer westlichen Wirtschaftsmacht. Der neue Besitzer entstammte jenem Machtblock aufstrebender Länder, die mittlerweile die seit über 500 Jahren bestehende wirtschaftliche Vormachtstellung des Westens bedrohen. Das Chrysler-Building ging in den Besitz eines Staatsfonds aus Abu Dhabi über. Es war nicht die erste Einkaufstour dieser Art, und es wird auch nicht die letzte sein. Insgesamt gaben arabische Investoren in den ersten sechs Monaten des Jahres 2008 etwa 1,8 Milliarden Dollar für Gewerbeimmobilien aus. Nach der Finanzkrise und dem Einbruch der Immobilienpreise werden derartige Käufe eher noch zunehmen.¹

Dieses Buch schildert, wie die westlichen Wirtschaftsmächte in einem schleichenden Prozess ihren Wohlstand und ihre politische Vormachtstellung systematisch eingebüßt haben, bis sie schließlich an einem Punkt anlangten, an dem alles auf dem Spiel steht, wofür sie gekämpft haben – ihre wirtschaftliche, militärische und politische Dominanz.² Es gibt drei Hauptgründe dafür, warum die Machtposition des Westens mit jedem Jahr mehr bröckelt:

Erstens hat es der Westen (vor allem die USA) aufgrund seiner politischen und militärischen Entscheidungen geschafft, genau die aufstrebenden Länder vor den Kopf zu stoßen, mit denen er heute konkurriert. Diese Länder treiben zwar weiterhin Handel mit ihren westlichen Rivalen, allerdings oft mit zusammengebissenen Zähnen und unter gegenseitigem Misstrauen. Das schafft natürlich keine politischen Allianzen, sondern lediglich finanzielle. Ausschlaggebend ist einzig der Profit; bleiben die Gewinne aus, werden die aufstrebenden Länder mit dem Westen womöglich keinen Handel mehr treiben, zumal sich längst andere potenzielle Handelspartner abzeichnen.

Zweitens ist die Welt, um es mit den Worten Thomas Friedmans zu formulieren, »flach« geworden – die Transport-, Kommunikations- und Herstellungskosten sind gesunken und haben den Technologietransfer deutlich vereinfacht. Ermöglicht wurde diese Entwicklung durch die technischen, wirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Errungenschaften und Standards des Westens. Doch dieser Vorsprung ist geschrumpft und wird weiter schwinden.

Im Mittelpunkt des Buches steht jedoch der dritte Grund: *Der Untergang des Westens* zeigt, wie die fortschrittlichsten Länder ihre Vormachtstellung aufgrund ihrer fehlerhaften Wirtschaftspolitik in den letzten 50 Jahren verspielt haben. Politische Fehlentscheidungen bedingten ein wirtschaftliches und geopolitisches Auf und Ab,

wobei sich die Waagschale nun zugunsten der aufstrebenden Länder neigt. Wenn in den nächsten zehn Jahren nicht drastische politische Maßnahmen ergriffen werden, wird nicht nur die Kontrolle über Besitz und Ressourcen schon bald an China, Indien, Russland oder die arabischen Länder übergehen. Der Niedergang der westlichen Industrieländer wird dann unausweichlich sein.³

Einleitung

Im September 2008 wurde die Struktur unserer Finanzmärkte, die wir während der vergangenen 50 Jahre als unverwundbar betrachtet hatten, in bislang einmaliger Weise erschüttert.¹ Das System war stark angeschlagen, eine Schockwelle jagte die nächste, jeder Tag barg eine neue Katastrophe. In nur drei Wochen kollabierte Lehman Brothers, eine der Säulen des amerikanischen Bankensystems; die wichtigsten amerikanischen Hypothekenbanken Fannie Mae und Freddie Mac mussten verstaatlicht werden, und AIG, der einst größte Versicherungskonzern der Welt, war so stark in Mitleidenschaft gezogen, dass sein Weiterbestehen fraglich war (der Konzern erhielt schließlich von der amerikanischen Regierung eine Finanzspritze in Höhe von 85 Milliarden Dollar). In Großbritannien mussten Giganten wie die Lloyds Bank oder die Royal Bank of Scotland im Jahr 2009 mit über 1,4 Billionen Dollar (850 Milliarden Pfund) unterstützt werden. Insgesamt gingen an den Börsen in New York, London, Reykjavik und anderen Städten Billionen verloren, wodurch die Altersversorgung und die Ersparnisse von Millionen Menschen gefährdet waren.

Der Crash hat uns wie ein Tsunami überrollt, der scheinbar aus dem Nichts auftritt und Tod und Verwüstung hinterlässt. Doch anders als bei einem Tsunami hätte man die Ereignisse des Jahres 2008 vorhersehen, möglicherweise verhindern oder zumindest ihr Ausmaß eindämmen können. Denn sie waren die unvermeidliche Folge von Verwerfungen und Brüchen in der Tektonik der Weltwirtschaft. Unbemerkt lauerten sie unter der scheinbar ruhigen Oberfläche der Finanzgewässer, auf denen die westlichen Ökonomien in den vergangenen 50 Jahren unbehelligt gesegelt waren. Der Crash von 2008 ist das Resultat politischer Fehler und Missgriffe, die eine Eigendynamik entwickelten und schließlich in der größten Finanzkrise seit den 1930er-Jahren gipfelten. Aber anstatt daraus zu lernen, verschließen viele Regierungen die Augen vor den eigentlichen Fehlern des Systems und machen weiter wie bisher.

Dabei ist die Geschichte längst noch nicht abgeschlossen. Es wäre ein Fehler, die Ereignisse als isolierten Vorfall mit dramatischen, aber relativ begrenzten Folgen zu betrachten. Die Finanzkrise ist Teil eines tiefgreifenden Wandels, der, wenn man nicht gegensteuert, dazu führen wird, dass die bislang dominierenden Wirtschaftsmächte ihre Führungsposition abgeben und den aufstrebenden Ländern das Feld überlassen werden müssen.

Aus der Sicht vieler Politikwissenschaftler hat diese drohende Verlagerung beunruhigende hegemoniale Konsequenzen. Denn für die Politikwissenschaften ist es von großer Bedeutung, ob wir in einer unipolaren Welt leben (die beispielsweise von den USA dominiert wird), einer bipolaren Welt wie etwa in Zeiten des Kalten Krieges oder in einer multipolaren Welt, die von einer Vielzahl von Staaten mit

unterschiedlichen politischen Ideologien gelenkt wird. Doch vom eingeschränkten utilitaristischen Blickwinkel der Wirtschaftswissenschaften betrachtet zählt nur der wirtschaftliche Wohlstand (für den Westen in Verbindung mit bestimmten Freiheiten), nicht aber die Frage, wer die Welt regiert. Wirtschaftswissenschaftler sehen die Welt als Turnier, in dem Volkswirtschaften und Länder um die besten Plätze kämpfen. Letzten Endes gibt es nur einen Sieger, denn wer die globalen Finanzen beherrscht, entscheidet, wer militärische und politische Macht ausüben darf.

Aber spielt es wirklich eine Rolle, ob ein anderes Land reicher und militärisch überlegen ist? Wen kümmert es, ob ein anderer Staat weltweit eine wirtschaftliche Vormachtstellung einnimmt, solange das eigene Land wohlhabend ist und eigenständige politische Entscheidungen treffen kann? So macht man sich beispielsweise in Dänemark, Schweden und Norwegen, drei wirtschaftlich durchaus fortschrittlichen Ländern, offenbar keine großen Gedanken, wer die Welt beherrscht, solange man selbst ungestört in Frieden und Wohlstand leben kann. Diese Haltung könnte sich jedoch ändern, wenn die betreffende Weltmacht die Freiheiten dieser Länder beschneiden und sich in das Leben ihrer Bewohner einmischen würde. Aber solange das nicht geschieht, ist es ihnen relativ egal, ob China, Russland oder Amerika in der Finanzwelt das Sagen hat.²

Die strikte Trennung von Politik und Wirtschaft aber, die aus dieser Haltung spricht, ist falsch. In Wirklichkeit sind beide miteinander verknüpft, ja sogar untrennbar miteinander verbunden. Denn die Verschiebung wirtschaftlicher Dominanz geht einher mit tiefgreifenden Veränderungen, die auch politische und geopolitische Folgen zeitigen werden.

Wie es dazu kam, dass der Westen seine Vormachtstellung aus der Hand gab, und welche Maßnahmen er dringend ergreifen sollte, um diesen Trend zu wenden, das sind Fragen, denen dieses Buch nachgehen wird.

Teil 1

Wie es früher war

1 Es war einmal im Westen

Früher einmal hatte der Westen alles. Er hatte Geld, politisches Geschick und militärische Stärke. Der Westen wusste, was er erreichen wollte, und hatte die Kraft, es umzusetzen. 500 Jahre lang war das so, egal, ob die dominierende Großmacht Spanien, die Niederlande, Portugal oder England hieß. Doch was die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts angeht, ist die Geschichte der westlichen Dominanz gleichzusetzen mit der Amerikas. Spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg hatte sich das Kräftegleichgewicht in wirtschaftlicher, politischer und militärischer Hinsicht endgültig zugunsten der Vereinigten Staaten verschoben. Über die Phase des Kalten Krieges hinweg konnten die USA ihre Vormachtstellung bis ins 21. Jahrhundert hinein behaupten.¹

Vor dem Zweiten Weltkrieg hatten die Vereinigten Staaten schwer unter den Folgen des Börsenkrachs von 1929 gelitten (1933 betrug der Wert der Aktien an der New Yorker Börse nicht einmal mehr ein Fünftel ihres Höchstwertes von 1929), und auch der Erste Weltkrieg hatte Spuren hinterlassen. Präsident Franklin D. Roosevelts New Deal konnte zwar die Wirtschaftskrise der 1930er-Jahre nicht beenden, war aber ein Versuch, den amerikanischen Kapitalismus umzugestalten und staatliche Eingriffe in die Wirtschaft auf eine neue, dynamische Grundlage zu stellen. Im Kern sollten in Amerika weiterhin die Regeln der freien Marktwirtschaft gelten, doch der Regierung war dabei die Schlüsselrolle zugeordnet, die angeschlagene Wirtschaft zu steuern und zu beaufsichtigen sowie den privaten Unternehmen die Richtung vorzugeben. Diese neue Wirtschaftspolitik trug nicht zuletzt auch dazu bei, dass sich die USA schnell auf die Kriegswirtschaft umstellen konnten und später von einem Krieg profitierten, der Westeuropa das Genick brach.²

So unterzeichnete Präsident Roosevelt beispielsweise 1941 das Leih- und Pachtgesetz, aufgrund dessen Amerika seinen Verbündeten Waffen und Ausrüstung zu deren Verteidigung verkaufen oder verleihen konnte.³ Zwischen 1941 und 1945 lieferten die USA Kriegsmaterial im Wert von 50 Milliarden Dollar (was 2007 einem Wert von 700 Milliarden Dollar entsprach) – Kriegsschiffe, Maschinengewehre, Torpedoboote, U-Boot-Jäger und sogar Armeestiefel wurden über den Atlantik zu den Verbündeten transportiert. Durch das Leih- und Pachtprogramm verschuldeten sich die Europäer auf lange Zeit bei den USA (England leistete die letzte Zahlung für seinen Leih- und Pachtvertrag in Höhe von 83,3 Millionen Dollar am 31. Dezember 2006 – also über 50 Jahre später). Die übrige Welt war nach Kriegsende pleite: Japan und Deutschland waren am Boden, Europa bankrott und England mittellos.⁴

Politisch, militärisch und wirtschaftlich betrachtet war der Krieg für die USA, so

pervers das auch klingen mag, ein voller Erfolg. Überspitzt formuliert, hatten die USA »nur« Verluste an Menschenleben zu verkraften. Doch selbst diese waren im Vergleich zu den anderen kriegführenden Ländern eher gering. Unter den rund 72 Millionen Menschen, die im Zweiten Weltkrieg umkamen, waren 416800 Amerikaner – 0,32 Prozent der US-Bevölkerung. Dank des Leih- und Pachtprogramms (der Marshallplan war natürlich etwas anderes) und einer konsequenten Konzentration auf Produktivität und Innovation stieg das Land zur größten Industrienation und zum Motor der Weltwirtschaft auf.

Das Handeln der USA verband dabei schon in den 1940er-Jahren politische Motive mit wirtschaftlicher Weitsicht. Die Herstellung kriegswichtiger Güter und ihre Lieferung ins Ausland halfen nicht nur den Verbündeten, sondern auch der heimischen Wirtschaft. Die Folgen dieser »großartigen amerikanischen Erfindung« waren in jeder Hinsicht beeindruckend. Ende 1944 war die Arbeitslosigkeit bei der amerikanischen Zivilbevölkerung auf 1,2 Prozent gesunken – ein Rekordtief, das nie wieder erreicht wurde (auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise waren über 15 Millionen Amerikaner arbeitslos – was einem Viertel der werktätigen Bevölkerung entsprach). Das amerikanische Bruttoinlandsprodukt war von 88,6 Milliarden Dollar im Jahr 1939 auf 135 Milliarden Dollar 1944 gewachsen – eine Steigerung um 8,8 Prozent in nur einem halben Jahrzehnt.

Amerika ging aus dem Zweiten Weltkrieg als reiches Land hervor. Der amerikanische Wirtschaftshistoriker Alan Milward schreibt dazu: »Die Vereinigten Staaten befanden sich 1945 wirtschaftlich in einer deutlich stärkeren Position als 1941 [...] 1945 waren die Grundlagen für die wirtschaftliche Dominanz in den folgenden 25 Jahren gelegt [...] [Dies] war für die Welt vielleicht die wichtigste Folge des Zweiten Weltkriegs.«

Mitte der 1950er-Jahre finanzierten die USA den Wiederaufbau Europas und anderer Länder und etablierten sich gleichzeitig als wichtigster kultureller Einflussgeber und führende Nation im Bereich Technologie. Die Vereinigten Staaten hatten keine direkten Kriegsschäden im eigenen Land zu verzeichnen und konnten auf eine funktionierende Infrastruktur zurückgreifen (was ihnen Milliarden Dollar einsparte). Allein die Tatsache, dass Amerika den Krieg gewinnen, die Alliierten finanziell unterstützen und den Marshallplan umsetzen konnte (Aufbauhilfe für Europa in Höhe von 100 Milliarden Dollar in heutigem Wert), zeigt, wie ungeheuer reich das Land war. Der Historiker Christopher Tassava erläutert: »Durch das kriegsbedingte Wachstum der Industrie gingen die USA wirtschaftlich gestärkt aus dem Krieg hervor...; dank einer Wirtschaft, die größer und reicher als jede andere auf der Welt war, konnte die amerikanische Regierung die USA in der Nachkriegszeit zum Zentrum der Weltwirtschaft machen.« Es sollte das amerikanische Jahrhundert werden, und das wurde es auch. Kein Land konnte es mit den USA aufnehmen, einem Staat, dem der Krieg kaum etwas angehabt, sondern enormen Reichtum beschert hatte. Die Welt gehörte den Vereinigten Staaten.

Der Aufstieg Amerikas wirkte sich auf alle Aspekte der Gesellschaft aus. Die Stärke, Zuversicht und Energie der Amerikaner durchdrangen jeden Bereich des westlichen

Lebens. In den 1950er- und 1960er-Jahren setzte sich diese Entwicklung fort. Politisch war es die Zeit der sozialen Verantwortung und der Bürgerrechtsbewegung; kulturell – in Musik, Literatur und Kunst – dominierten die Amerikaner ebenso wie in der Wissenschaft und Technik, wo sie an der bemannten Raumfahrt und der Weiterentwicklung der Atombombe arbeiteten. Der Erfolg des Manhattan-Projekts, so der Deckname für die Entwicklung der Atombombe, und die Fortschritte beim nuklearen Wettrüsten kündigten ein Zeitalter an, in dem die amerikanische Vormachtstellung im Bereich Wissenschaft und Technik zumindest im Westen unangreifbar schien. Der Wert der amerikanischen Exporte stieg von 9,9 Millionen im Jahr 1950 auf 19,6 Millionen im Jahr 1960. Die Steigerung bei den Exporten wurde gestützt von einem Anstieg des Bruttoanlagevermögens von 58 Milliarden Dollar im Jahr 1950 auf 104 Milliarden Dollar zehn Jahre später.

In den 1960er-, 1970er- und 1980er-Jahren dehnten die USA ihren Einfluss weiter aus. Von den großen Konzernen wie General Motors, der Ford Motor Company, Mobil Oil, IBM, der United Fruit Company und Dow Chemical bis zur Filmindustrie in Hollywood und dem Musikgeschäft am Beispiel von Motown, sie alle standen für die Macht Amerikas, im eigenen Land wie im Ausland. Und bei der Wirtschaft hörte es noch lange nicht auf.

Durch das 1961 gegründete Friedenscorps drückte Amerika der Welt seinen moralischen Stempel auf und exportierte seine Werte in all die Länder, die man für »anders« hielt. Dabei lautete der Auftrag: »Weltfrieden und Freundschaft durch ein Friedenscorps zu fördern, das interessierten Ländern und Gebieten Männer und Frauen aus den USA vermitteln soll, die für den Auslandsdienst qualifiziert und bereit sind, auch unter schwierigen Bedingungen zu arbeiten und der Bevölkerung dieser Länder und Gebiete zu helfen, indem sie ihr Bedürfnis nach ausgebildeten Arbeitskräften befriedigen.« Die amerikanischen Werte wurden indes nicht nur auf friedlichem Wege verbreitet. Die USA besetzten Korea und marschierten in Vietnam ein; vor allem Vietnam wirft bis heute einen dunklen Schatten auf das kollektive Gewissen der USA. Der eingeschlagene Weg, weltweit immer mehr Macht ausüben zu wollen, wurde trotz dieses Menetekels konsequent fortgesetzt. Schließlich war dies die Ära der »Greatest Generation« (der »größten Generation«), wie der amerikanische Journalist Tom Brokaw die Generation der Amerikaner nannte, die im Zweiten Weltkrieg gekämpft hatte und heimgekehrt war, um die USA zum besten aller Länder zu machen.

Fünf Jahrzehnte lang hatte es den Anschein, als ob sie damit Erfolg gehabt hätten. Amerika war der Inbegriff von Reichtum, Macht und kultureller Dominanz, seine Tentakel reichten bis in die entlegensten Winkel der Erde. Die anderen westlichen Länder waren in dieser Einflussphäre gefangen, wie hätten sie sich auch aus der Umklammerung lösen sollen, fasziniert wie sie von Macht und Glanz der USA waren. Amerika war die Sonne, um die sich alle drehten.

Ob gute oder schlechte Zeiten, die Vormachtstellung der Amerikaner blieb unangetastet. Von der Ölkrise in den 1970er-Jahren über die Schuldenlast und das Platzen der Spekulationsblase am japanischen Aktien- und Immobilienmarkt in den

1980er-Jahren bis zum Ende des Kommunismus in den 1990er-Jahren, wodurch letztendlich die größte wirtschaftliche Konkurrenz für die USA erwuchs, Amerika schien unangreifbar. Und genau so hatten es die USA geplant – gestützt auf ihre militärische Stärke, ihre nach den Prinzipien des freien Marktes und des Kapitalismus funktionierende Wirtschaft und ihr Kulturmonopol. *Made in America* war das Schlagwort der Zeit.

Aber wie sieht es heute aus? Vieles hat sich verändert. Die westlichen Länder stehen vor ungeahnten finanziellen Schwierigkeiten, ihre Bevölkerung wird immer älter und ihre Ressourcen werden knapper. Die erforderlichen politischen Reformen sind alles andere als populär, die westlichen Volkswirtschaften krisenanfällig wie nie zuvor. Natürlich gab es auch früher schon Probleme, etwa die amerikanische Sparkassenkrise in den 1980er- und 1990er-Jahren. Doch die aktuelle Finanzkrise und der politische Kurs, an dem die USA weiterhin festhalten, sind Belege dafür, dass die hypnotisierende Wirkung, mit der Amerika einst die ganze Welt in Bann hielt, immer mehr verblasst. Die USA sind im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts zu einer finanzschwachen und wirtschaftlich verwundbaren Region geworden, was für die übrigen westlichen Länder natürlich nicht ohne Folgen bleibt. Denn die Gefahr droht, dass die Geschichte des wirtschaftlichen Niedergangs der USA zur Geschichte über den Untergang des Westens im Allgemeinen wird. Dennoch gibt es mit Blick auf die Länder des Westens gute Gründe für die Annahme, dass die USA auch in den kommenden Jahren wirtschaftlich stärker als die europäischen Länder sein werden.

Die Säulen des Wachstums

Über den scheinbar unvermeidlichen wirtschaftlichen Niedergang der westlichen Industrieländer – vor allem der USA – und den gleichzeitigen Aufstieg der Schwellenländer unter der Führung Chinas wird viel Aufhebens gemacht. Die Debatte konzentriert sich in erster Linie auf historische Muster des Imperialismus sowie strategische und militärische Überlegungen. Doch auch klassische Modelle des Wirtschaftswachstums bieten Anhaltspunkte, die zeigen, wie der Westen die Faktoren, die für einen langfristigen, nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg erforderlich sind, zu seinem eigenen Nachteil falsch einsetzt.

Aber worauf beruht wirtschaftlicher Erfolg? Was genau ist, wirtschaftlich betrachtet, die treibende Kraft des Wachstums? Die Entwicklung der Wachstumstheorie ist äußerst faszinierend und lässt sich im Rahmen dieses Buches nicht adäquat wiedergeben. Ein kurzer Überblick muss genügen: Die aktuelle Darstellung der Wachstumstheorie in der Wirtschaftsliteratur nahm mit dem Harrod-Domar-Modell ihren Anfang, bei dem Wachstum als Funktion des Kapitaleinsatzes (oder noch einfacher ausgedrückt, Geld) gleichgesetzt wird.

In den 1960er-Jahren führte der amerikanische Ökonom (und spätere Wirtschaftsnobelpreisträger) Robert Solow vom Massachusetts Institute of Technology

dieses Modell weiter und zeigte, dass auch Arbeit eine entscheidende Determinante beim Wachstum einer Volkswirtschaft ist. Jahrelang bildete das Solow-Modell, das Wachstum als Folge von Kapital- und Arbeitseinsatz erklärt, den Kern der Wachstumstheorie in der makroökonomischen Fachliteratur. Als man das Zusammenspiel dieser beiden Faktoren einer empirischen Überprüfung unterzog, stellte man allerdings fest, dass sie nur für 40 Prozent des wirtschaftlichen Wohlstands eines Landes verantwortlich waren. Eine Komponente fehlte, im Grunde sogar der Löwenanteil. Dieser bislang unbenannte Faktor wird als »totale Faktorproduktivität« bezeichnet – ein allumfassender Begriff, der die technische Entwicklung ebenso einbezieht wie sämtliche Faktoren, die nicht unter die Bezeichnungen Kapital und Arbeitskraft fallen, etwa Kultur und bestimmte Einrichtungen. Damit verweist das Modell auf drei grundlegende Determinanten des Wirtschaftswachstums: Kapital, Arbeitskraft und die totale Faktorproduktivität⁵. Sie sind die drei Kolben, die die Zylinder des Wirtschaftswachstums bewegen. Richtig aufeinander abgestimmt und mit vereinten Kräften treiben sie einen Motor von schier endloser Kraft an.

Das beste Beispiel für die Wirkung dieser drei Komponenten ist vermutlich die amerikanische Mondlandung im Juli 1969. Präsident Kennedy hatte 1961 sein ehrgeiziges Vorhaben verkündet, bis zum Ende des Jahrzehnts einen Mann auf den Mond zu bringen. Angestachelt vom russischen Raumfahrtprogramm, das vor den Amerikanern einen Satelliten (den Sputnik-1, 1957), ein Lebewesen (die Hündin Laika, 1957) und natürlich auch mit Juri Gagarin den ersten Menschen (1961) ins All schickte, fasste Präsident Kennedy den Zeitgeist in dem berühmten Satz zusammen: »Wir haben uns entschlossen, in diesem Jahrzehnt zum Mond zu fliegen und andere Dinge zu tun; nicht, weil es einfach, sondern weil es schwierig ist.«

Das Apolloprogramm mit seinen Persönlichkeiten, die daran mitwirkten, und dem Abenteuergeist, der alles durchdrang, zählt zu den am meisten gefeierten Ereignissen in der amerikanischen und der Weltgeschichte, und das zu Recht⁶. Es ist jedoch auch ein hervorragendes Beispiel für das Zusammenwirken von Kapital, Arbeitskraft und Technologie auf dem jeweiligen Höhepunkt ihrer Entwicklung. Die Fakten und Zahlen sprechen für sich.

Rein finanziell betrachtet waren die Kosten für die Apollomission astronomisch hoch. Das Jahresbudget der NASA stieg von 500 Millionen Dollar im Jahr 1960 auf 5,2 Milliarden Dollar im Jahr 1965 – und machte damit 5,3 Prozent des Bundeshaushalts aus (heute wären 5 Prozent des amerikanischen Haushalts etwa 125 Milliarden Dollar!). Zum Vergleich: Man schätzt, dass der Vietnamkrieg die USA etwa 111 Milliarden Dollar (686 Milliarden Dollar zum Dollarwert von 2008) gekostet hat. Die Gesamtkosten für die Apollomission lagen zwischen 20 und 25 Milliarden Dollar (zum Wert von 1969) oder etwa 135 Milliarden Dollar zum Wert von 2005.

Doch das Kapital war nur ein Faktor bei der Apollomission. Um das große Ziel zu erreichen, musste Amerika auch auf die beiden anderen Komponenten zurückgreifen: Arbeitskraft und Technologie. Für das Apolloprojekt wurde ein gewaltiges Heer von Mitarbeitern rekrutiert. 1966 beschäftigte die NASA 36000 zivile Mitarbeiter, 1960

waren es erst 10000 gewesen. Das Raumfahrtprogramm machte es erforderlich, dass die NASA auf Tausende Techniker und Wissenschaftler von außen zurückgriff. Die Zahl der Personen, die für das Programm tätig waren, verzehnfachte sich zwischen 1960 und 1965, von 36000 auf 376000 externe Mitarbeiter. Entscheidend war hierbei, dass die NASA tatsächlich so viele fähige Mitarbeiter finden konnte. Und wenn es an der Befähigung mangelte, dann half man nach und bildete selbst aus. Private Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Universitäten stellten den Großteil des Personals. Diese Arbeitskräfte entwickelten und konstruierten die Technik, die Amerika zur führenden Weltraumnation machen und Neil Armstrong und Buzz Aldrin auf den Mond bringen sollte – was oft als die größte technische Leistung der Geschichte bezeichnet wird.

Tatsächlich waren die technischen Errungenschaften des Apolloprogramms erstaunlich. Vermutlich sah ein Fünftel der Weltbevölkerung die Live-Übertragung der Mondlandung im Fernsehen. Dabei bestaunten die Menschen das Wunder, doch nur die wenigsten konnten wohl die phänomenale Technik richtig einschätzen, die dies erst ermöglicht hatte.

Dem Projekt waren zehn Jahre mit Versuchen, der Entwicklung von Prototypen und zahlreichen Rückschlägen vorausgegangen, erst dann konnte die Idee Realität werden. Von den riesigen Raketen vom Typ Saturn, die einen kompletten US-Zerstörer ins All heben konnten, bis zur Mondfähre, die zwei 70-Kilo-Männer auf den Mond transportierte, und den Hunderttausenden, wenn nicht sogar Millionen Komponenten und Teilen, die erforscht, entwickelt, konstruiert und erprobt werden mussten – die Technik von Apollo war in ihren Ausmaßen und ihrer Komplexität gewaltig.

Und damit nicht genug: Das Programm sorgte für Fortschritte auf vielen Gebieten, die nur entfernt mit Raketentechnik und bemannter Raumfahrt zu tun hatten, darunter die Avionik, Telekommunikation und Computertechnologie sowie die Bereiche Konstruktion, Statistik, Hoch- und Tiefbau, Maschinenbau und Elektrotechnik. Das ist die Macht der Ideen. Über die konkrete Maschine oder Vorrichtung hinaus sind die Nebeneffekte der eigentliche technologische Gewinn. Wenn eine Idee erst einmal heraus ist, kann man sie überall anwenden oder weiterentwickeln, daher sind ihre Grenzkosten praktisch null.

Kein anderes Land außer Amerika hätte die Voraussetzungen an Kapital, Personal und Technologie gehabt, die Mondlandung zu planen und umzusetzen, auch wenn es das gewollt hätte. Die Sowjetunion lag bei der Raumfahrt gar nicht so weit zurück, daher gab es ja überhaupt erst den Wettlauf zum Mond, doch nach dem sensationellen Erfolg der Amerikaner zeigte sich, dass sie auf Dauer nicht mithalten konnte.

Hätte auch nur ein Element gefehlt, dann hätten die USA ihre Ambitionen in der Raumfahrt nicht verwirklichen können. Denn erst durch diese drei Faktoren wird das Unmögliche möglich und werden Volkswirtschaften und damit Staaten zu Großmächten auf dem internationalen Parkett. Werden diese Faktoren aber falsch gebraucht oder fehlgeleitet, ist der wirtschaftliche Niedergang eines Landes nicht nur unvermeidlich, sondern wird auch noch beschleunigt.

Dieses Buch erklärt, wie jeder dieser drei Faktoren für sich genommen und im

Verbund zum Niedergang des Westens beiträgt. Dabei sind zwei Aspekte von grundlegender Bedeutung: Quantität und Qualität. Es geht nicht nur um die Quantität des Kapitals, der Arbeitskräfte oder der Technologie. Von ebenso großer Bedeutung für den wirtschaftlichen Erfolg oder Misserfolg ist die Qualität, das heißt die Verteilung des Kapitals, die Qualifikation der Arbeitskräfte und die Art der Technologie.

Schon seit den Anfängen der Wachstumstheorie galt Kapital als wichtigster Faktor für die Bestimmung des Erfolgs oder Misserfolgs eines Landes. Daher sollten wir uns zunächst mit diesem Thema eingehend befassen.

2 Eine kapitale Geschichte

»Kapital ist Geld, Kapital ist Ware. In der Tat aber wird der Wert hier das Subjekt eines Prozesses, worin er unter dem beständigen Wechsel der Formen von Geld und Ware seine Größe selbst verändert, sich als Mehrwert von sich selbst als ursprünglichem Wert abstößt, sich selbst verwertet. Denn die Bewegung, worin er Mehrwert zusetzt, ist seine eigne Bewegung, seine Verwertung also Selbstverwertung. Er hat die okkulte Qualität erhalten, Wert zu setzen, weil er Wert ist. Er wirft lebendige Junge oder legt wenigstens goldne Eier.«¹

Selbst Karl Marx, der größte Kritiker des Kapitalismus, erkannte die gewaltige Macht, die das Kapital auf uns alle ausübt; immerhin ist es das Lebenselixier der Wirtschaft. Daher ist es nicht überraschend, dass Wirtschaftswissenschaftler das Kapital schon früh als wichtigste Voraussetzung für Wachstum identifizierten.

Kapital umfasst alles, von den Schätzen der Erde, die der Mensch als wertvoll erachtet (Gold, Silber, Land) bis zu Häusern, Autobahnen, Fabriken und sogar Vieh. Schon im Jahr 1086 gab Wilhelm der Eroberer das Domesday Book in Auftrag, ein Reichsgrundbuch, das die Besitzverhältnisse so ausführlich festhielt, dass ein zeitgenössischer Beobachter meinte: »Kein Yard Land wurde ausgelassen, ja nicht einmal ein Ochse oder eine Kuh oder ein Schwein, alles wurde aufs Sorgsamste notiert.«² Als das Domesday Book erschien, betrug der Gesamtwert des eingetragenen Landes etwa 73000 Pfund.³

Der Großteil des Buches war der Einschätzung und Bewertung des Landbesitzes vorbehalten, der damals die einzige wichtige staatliche Einnahmequelle war. Ähnlich wie Kapital heute bewertet wird, umfasste die Auflistung Ackerland, die Zahl der Pfluggespanne, Feuchtwiesen, Wald, Mühlen und Fischgewässer. Der König erhielt so auch einen Überblick darüber, an wen er sich wenden konnte, wenn er Geld brauchte.

In den USA geben die National Income and Product Accounts (NIPA) eine ähnliche Momentaufnahme über den Zustand der Wirtschaft. Laut Bureau of Economic Analysis, das die NIPA-Statistik erstellt, wurde das Nationaleinkommen erstmals Anfang der 1930er-Jahre geschätzt; damals behinderte der Mangel an Wirtschaftsdaten die Bemühungen von Präsident Hoover und später Roosevelt, geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise zu gestalten. Das Handelsministerium beauftragte den russisch-amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler und späteren Nobelpreisträger Simon Kuznets, eine Möglichkeit zur Schätzung des Nationaleinkommens zu entwickeln. Seine Berechnungen wurden dem Senat 1934 in dem Bericht *National Income, 1929–32* vorgelegt.

Unabhängig von der Definition von Kapital neigen Regierungen dazu, den Begriff

auf ein vom Menschen geschaffenes Zahlungsmittel zu begrenzen – auf hartes Bargeld (das natürlich ursprünglich auch aus Edelmetallen gemacht war). Das geht so weit, dass im heutigen Sprachgebrauch Kapital mit Geld gleichgesetzt wird. Zu Recht oder zu Unrecht, Geld ist der Maßstab, mit dem Einzelpersonen, Regierungen und Gesellschaften beurteilt werden. Mit Geld bemisst man den Wert einer Sache. Die Geldmenge, die eine Volkswirtschaft erwirtschaftet, ist ein aufschlussreicher Indikator. Daher konzentrieren sich Ökonomen heutzutage auf das, was ein Land produziert – das Bruttoinlandsprodukt (BIP).

Bestand oder Verlauf

Ein wichtiges Beurteilungskriterium ist die Unterscheidung zwischen Bestand und Verlauf. Während das Domesday Book eine Momentaufnahme der Werte liefert (also eine Art Inventur), wird das BIP im Verlauf betrachtet; es steht für die Gesamtproduktion eines Landes in einem bestimmten Zeitraum – in diesem Fall ein Jahr. So hat beispielsweise ein Land mit einem jährlichen BIP von 15 Billionen Dollar (etwa die USA) in einem Jahr Güter und Dienstleistungen mit diesem Wert produziert. Das BIP steht aber nicht für den Gesamtwert der amerikanischen Wirtschaft. Tatsächlich stellt man sich die moderne Version des Domesday Book als den Bestand an Werten eines Landes vor, nicht als dessen BIP, das die wirtschaftliche Leistung wiedergibt.

Zum besseren Verständnis kann man sich vorstellen, wie ein Land innerhalb eines Jahres völlig zerstört und wieder komplett neu aufgebaut wird. Dann hätte man einen hohen BIP-Verlauf, aber niedrigen BIP-Bestand (bei vielen aufstrebenden und armen Ländern ist das der Fall). Umgekehrt kann ein Land eine BIP-Wachstumsrate von null, eine sinkende oder sogar negative Wachstumsrate haben (den Verlauf), aber einen hohen BIP-Bestand. Beispiele dafür wären Europa und die USA (vor allem nach der Finanzkrise von 2008). Darüber hinaus sollte das BIP nicht mit der Kapitalmenge eines Landes gleichgesetzt werden. Die USA haben derzeit zwar das höchste BIP, leiden aber auch unter Kapitalmangel.

Aber ich schweife ab. Warum soll man sich nun auf das BIP konzentrieren? Nun, weil der wirtschaftliche Niedergang des Westens und insbesondere der USA auf zwei Faktoren basiert: dem zunehmenden Kapitalmangel und den erschreckend niedrigen BIP-Prognosen für diese Volkswirtschaften. Mithilfe des BIP kann die individuelle Leistung eines Landes und seine Leistung im Vergleich zu anderen Ländern betrachtet und beurteilt werden.

Wer hat wie viel?

Die Geschichte vom Aufstieg und Niedergang des Westens wird in erster Linie von der

Frage bestimmt, wie der Westen sein Kapital eingeschätzt, bewahrt oder verprasst hat. Der Westen hat sich in den vergangenen 50 Jahren wie ein verschwenderischer Sohn aufgeführt, der das über Jahrhunderte angehäuften Familienvermögen verschleudert – durch seine Laster und seine schlechten Investitionen. Wenn nichts unternommen wird, dürfte Fakt werden, was manche längst befürchten. Nämlich, dass die 500-jährige Vormachtstellung Europas und später der USA nur ein kurzes Intermezzo in der Weltgeschichte war. Schon früher hatte Asien dominiert; die Chinesen entwickelten bereits im ersten Jahrhundert vor Christus das Dezimalsystem, das der globalen Finanzwelt und praktisch allen Maßen zugrunde liegt. Und der Stern des Landes ist längst wieder im Steigen begriffen.

Historiker und Ökonomen sind dem Volkswirtschaftler Angus Maddison zu ewigem Dank verpflichtet, da dieser in mehreren Büchern Statistiken zur Entwicklung der Weltwirtschaft herausgab.⁴ Die Angaben, die bis ins Jahr 1500 zurückreichen, umfassen Schätzungen zum Wachstum, den Bevölkerungszahlen und der Infrastruktur Europas, Chinas, Indiens und der USA. Da Maddisons Angaben so weit zurückreichen, zeigen sie nicht nur, wie es den einzelnen Ländern für sich genommen erging, sondern auch, wie sie im Verhältnis zueinander im Lauf der Zeit wuchsen oder schrumpften. Besonders faszinierend sind die Daten zum Anteil am Welt-Bruttoinlandsprodukt im Jahr 1820. Damals betrug Chinas Anteil am Welt-BIP 32,4 Prozent – und war damit höher als der Anteil jeder anderen Region auf der Welt (Indien, Japan, Europa, USA und Russland) und als der Anteil Europas (26,6 Prozent), der USA (1,8 Prozent) und Japans (3 Prozent) zusammen. Die wirtschaftliche Dominanz Chinas beruhte in erster Linie auf der scheinbar unersättlichen Nachfrage nach Porzellan, »Nanking« (naturfarbener Baumwolle) und vor allem Tee. 1822 machte Tee 36 Prozent der amerikanischen Importe aus China aus, 1860 waren es sogar 65 Prozent.

Auch die indische Volkswirtschaft war Anfang des 19. Jahrhunderts erstaunlich leistungsfähig. Sie hatte zwar seit Anfang des 18. Jahrhunderts, als ihr Anteil an Welt-BIP noch dem von China und Europa entsprach (etwa 23 Prozent), einen Rückgang erlebt, doch aufgrund einer gesunden Exportbasis, gestützt auf Tee, Baumwolle, Gewürze und den rasch expandierenden Opiumhandel, betrug der Anteil im Jahr 1820 immer noch 16 Prozent. Von 1870 bis 1913, auf dem Höhepunkt der britischen Kolonialherrschaft in Indien, wurden fast 50000 Kilometer Schienen für neue Eisenbahnlinien verlegt (was in etwa der zehnfachen Entfernung von New York zur kalifornischen Küste entspricht).

In den 70 Jahren von 1820 bis 1890 ging Chinas Anteil am Welt-BIP um fast 40 Prozent zurück, der Anteil der USA dagegen stieg um das 14-Fache auf 13,8 Prozent.

Die wirtschaftliche Dominanz des Westens, wie wir sie aus den vergangenen 100 Jahren kennen, begann sich erst um 1890 zu festigen. Mit der industriellen Revolution machte Europa (zunächst vor allem Großbritannien) einen gewaltigen Sprung nach vorn und übernahm mit einem Anteil von 40 Prozent die Führung beim Welt-BIP. Zu der Zeit lagen China und Amerika mit jeweils 13 Prozent gleichauf – mit dem Unterschied, dass China einen rapiden Rückgang erlebte, während es für Amerika steil

nach oben ging.

1950 schien die Entwicklung abgeschlossen; nach dem Zweiten Weltkrieg war die Welt so, wie wir sie heute kennen. Amerika und Europa erlebten einen Boom; sie hatten wirtschaftlich das Sagen und stellten gemeinsam 60 Prozent des Welt-BIP – allein die USA erreichten fast 30 Prozent. China konnte den Niedergang nicht aufhalten und erreichte mit einem Anteil von 5,2 Prozent am Welt-BIP seinen Tiefpunkt (tatsächlich stagnierte der Anteil der Volksrepublik in den folgenden 25 Jahren immer bei etwa 5 Prozent); Indien erreichte gerade einmal 3,8 Prozent, nur das von den Atombomben zerstörte Japan lag mit 3,4 Prozent noch weiter zurück.

Nach dem Sieg der Kommunisten über Chiang Kai-shek 1949 in China hatte der amerikanische Außenminister Dean Acheson dem Kongress erklärt, dies sei kein Anlass zur Beunruhigung, China sei »kein moderner zentralisierter Staat, die Kommunisten werden bei der Regierung des Landes auf fast ebenso große Schwierigkeiten stoßen wie die früheren Regime«. Noch 1978 schien sich diese Sichtweise zu bestätigen.

Wirtschaftlich saßen Amerika und Europa fest im Sattel. Doch wenn man genauer hinsah, konnte man erkennen, dass die Europäer mit stabilen 27,9 Prozent ihre Position hielten, die Amerikaner dagegen bereits 7 Prozent an das wiedererstarkte Japan abgetreten hatten, das vom gewaltigen Technologieboom und neuen Arbeitsmethoden im Land profitierte. In den USA war gerade das Konsumzeitalter angebrochen, und die japanischen Innovationen befriedigten diese Nachfrage. China und Indien mussten erst noch ins Spiel kommen.

Der Aufstieg der Anderen

Im Südosten Chinas, in der Provinz Guangdong, liegt Dongguan, eine der am schnellsten wachsenden Städte der Welt. Die Stadt mit ihren fast sieben Millionen Einwohnern (1979 war es erst eine Million) ist ein Zentrum für die Produktion von PC-Komponenten; 2007 hatten sich dort etwa 15000 internationale Unternehmen angesiedelt. Zusätzlich ist Dongguan (mit in Boomzeiten über 4000 Fabriken) der führende Spielzeughersteller des Landes – rund 70 Prozent der chinesischen Spielzeugproduktion stammen von dort, und wenn man berücksichtigt, dass China der größte Produzent und Exporteur von Spielzeug weltweit ist, kann man die Dimension erahnen. 2002 wurden Güter im Wert von knapp 3 Milliarden Dollar in alle Welt, hauptsächlich jedoch in die USA exportiert. Damit lag Dongguan an dritter Stelle (hinter Shanghai und Shenzhen).

Kein anderes Land symbolisiert so sehr den tiefgreifenden wirtschaftlichen Wandel der vergangenen 50 Jahre wie China. Von einem Land, das sich über Jahrhunderte nur auf sich selbst konzentrierte, entwickelte sich die Volksrepublik zu einer der stärksten wirtschaftlichen Kräfte weltweit. 2009 ließ es erstmals Deutschland als Exportweltmeister hinter sich, beim BIP hat es Japan überholt und liegt nun an zweiter Stelle.